

Blum, Ulrich

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2008) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 14, Iss. 7, pp. 258-258

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143646>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Das Steuersystem einer liberalen Demokratie will im Gegensatz zu dem einer paternalistischen Demokratie möglichst wenig in die Entscheidungsfreiheit des Individuums eingreifen. Wie problematisch dies nämlich sein kann, enthüllt die Tabaksteuer, eine von Bismarck ersonnene Luxussteuer, die inzwischen aus Gesundheitsgründen zur Lenkungssteuer entwickelt wurde. Was aber, wenn Bürger nicht umsteuern? In unteren sozialen Schichten werden oft wichtige Ausgaben verdrängt, beispielsweise bei der Erziehung der Kinder. Infolge solcher – zunächst nicht gewollter – Folgen sollte der Staat mit Lenkungssteuern vorsichtig umgehen. In der Energiepolitik in Deutschland finden zunehmende Lenkungs Eingriffe statt, wie das Kumulieren von Verbrauchs- und Produktsteuern sowie Energieabgaben zur Subventionierung bestimmter Einspeisungen zeigt – ergänzt um Umweltlizenzen.

Die gegenwärtige Finanzierung fördert staatliche Einnahmen und hochqualifizierte Arbeitskräfte zu Lasten weniger qualifizierter – letztere geraten deshalb möglicherweise unter Druck. Gutsituierte können durch den Kauf von Beteiligungen an den begünstigten Industrien Teile der Subventionsgewinne auf sich lenken. Ausländische Anbieter zählen auch zu den Gewinnern, was vielen Steuerzahlern als ungerecht erscheint. Die Verteilungswirkungen sind für die stark betroffenen Bezieher niedriger Einkommen besonders problematisch – aber Sozialtarife würden den Lenkungseffekt – den die Politik bekanntlich will – ad absurdum führen.

Eine sinnvolle Politik würde an den Gedanken einer Erhebung von Steuern nach der Leistungsfähigkeit anknüpfen und Umweltsubventionen für die Solarzellen- oder die Windenergieindustrie aus dem Steueraufkommen bezahlen. Damit ließen sich zunächst betriebsspezifische Hilfen gewähren. Viel wichtiger aber wäre es, das Forschungs- und Entwicklungsumfeld zu stärken, wie dies gegenwärtig in Sachsen-Anhalt geschieht, damit die Umweltindustrie beste Arbeitsbedingungen in Deutschland findet und deshalb auch langfristig hier produziert – was die jetzige Politik nicht ohne Weiteres gewährleistet. Auch *lump sum taxes* (Pauschalsteuern) sind möglich – hier weisen Umweltlizenzen den richtigen Weg. Für eine Energiesteuer oder Abgaben nach dem Einspeisegesetz bliebe dann allerdings kein Platz mehr.

Die Politik benötigte rund 30 Jahre, um in der Landwirtschaft von den Preisstützungen zu Betriebshilfen überzugehen – und hat dabei durch Fehlanreize eine nicht wettbewerbsfähige Betriebsstruktur erzeugt. Eine ähnlich falsche Entwicklung droht im Energiebereich. Die Sorge um unsere Umwelt sollte nicht dazu führen, ordnungsökonomische Fehler zu wiederholen.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*